

VATM-Standpunkt zur Europawahl

Europa wächst digital zusammen

Europa steckt in der Krise. Die politischen Extreme bekommen in EU-Mitgliedstaaten vermehrt Zuspruch. Dies ist ein klares Signal an die Politik, national wie europäisch: Den Bürgern muss gezeigt werden, dass Europa und die Politik fähig sind, komplexe Probleme effizient zu lösen und dabei nicht losgelöst und weit entfernt von der Realität der Mehrheit der Bürger zu agieren. Jedoch sollte sich die EU auch nicht von Populismus treiben lassen – denn desinteressierten Bürgern kann man komplexe Probleme nicht vermitteln.

Keine einfache Angelegenheit. Zwar werden europäische Verordnungen – wie die Roaming-Regulation und die Intra-EU-Calls-Regelung – Teilen der europäischen Bevölkerung Vorteile aufzeigen, aber vermutlich ohne die gewünschte Wirkung auf Politikverdrossenheit oder EU-Müdigkeit zu erreichen.

Viel wichtiger ist es, Strukturen zu verändern. Die institutionelle Maschinerie der EU ist hochkomplex, umso wichtiger ist es, dass insbesondere Entscheidungen des Rats transparenter dargestellt werden. So könnte Europa verhindern, dass Mitgliedstaaten innenpolitisch weiterhin Brüssel als den Sündenbock darstellen – vielfach auch um eigene Versäumnisse zu kaschieren.

Die Wahl 2019 ist eine sehr wichtige Wahl, nicht nur für die politische Zukunft Europas. Gerade auch in der Digitalpolitik stehen wir vor entscheidenden Weichenstellungen. Entweder bleibt Europa hinter den derzeitigen globalen Spitzenreitern zurück – natürlich sind Märkte wie in den USA und Staatswirtschaft wie in China keine erstrebenswerten Visionen – oder es wird eine mutige und umfassende Zukunftsstrategie entwickelt, die es Europa, seinen Bürgern und Unternehmen ermöglicht, die Vielfalt und „Skills“ der einzelnen Mitgliedstaaten sinnvoll zu nutzen. Es gilt, auf die Stärke des gemeinsamen Wirtschaftsraums zu setzen anstatt sich weiterhin in Bürokratie zu verzetteln. Mutige Richtungsentscheidungen sind in den nächsten Jahren dringend notwendig, um wieder an die Weltspitze zu gelangen. Dazu gehören Regulierung an den richtigen Stellen, einheitliche, klare und einfache Regeln sowie eine „digitale“ Sozialpolitik, die auch auf digitale Bildung und Kompetenzen setzt.

Mehr denn je brauchen wir nun strategische Investitionen und politische Visionen, um schon in naher Zukunft eine europäische Antwort auf die Herausforderungen der digitalen Welt geben zu können. Ansonsten werden die Regeln für Wirtschaft und Gesellschaft möglicherweise in den USA oder Asien gemacht. Standhaftigkeit hat in Europa zu Stabilität und Wohlstand geführt. Die EU muss gewährleisten, dass es auch künftig einen verlässlichen ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen gibt, wie es ihn beim Wettbewerbsrecht bereits gibt. Damit die berechtigten Interessen und Positionen deutscher TK-Unternehmen gewahrt werden, klare strategische Ziele definiert und wirtschaftliche Spielräume für einen fairen Wettbewerb geschaffen werden, ist die Europawahl im Mai 2019 von großer Bedeutung.

Der VATM hat die zentralen Positionen der Branche für die künftigen Mitglieder des Europäischen Parlaments in den folgenden sechs Kernbotschaften zusammengefasst:

1. Liberalisierung weiter vorantreiben – Gigabit geht schneller durch Wettbewerb
2. Digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum verhindern – Förderung effizient einsetzen
3. Faire Regeln für einen offenen Markt – Grundlage für Innovationsfähigkeit
4. Zukunftsweisend für die europäische Wirtschaft agieren – nicht Größe, sondern Innovationskraft zählt
5. Datensicherheit stärken – wenige aber klare Regeln
6. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Geschäftskundenanbieter gezielt unterstützen – Dienste werden die Treiber der Digitalisierung sein

1. Liberalisierung weiter vorantreiben – Gigabit geht schneller durch Wettbewerb

Die Europäische Union ist ein starker Anker für die europäische Wirtschaft, insbesondere auch für den TK-Markt. Die in den 90iger Jahren begonnene Liberalisierung muss weitergeführt werden. Die ehemaligen Monopole, die nach wie vor erkennbar sind, müssen weiterhin durch stärkeren Wettbewerb ersetzt werden. Bis die TK-Märkte Europas von vielen starken Akteuren bespielt werden, muss es weiterhin Regulierungsaufgaben für den oder die mit SMP designierten Spieler geben. Und gerade beim Wechsel auf Gigabit-Festnetze gehen Industrie, Banken, Versicherungen und Mittelstand insgesamt fest davon aus, dass mit der neuen Technologie keinerlei Einschränkungen des bereits erreichten Wettbewerbsniveaus einhergehen und auch ihre zum Teil hochspezialisierten Dienstleister weiterhin Zugang auf die Netze erhalten.

Europa muss als ein Gesamtmarkt betrachtet werden, auf dem schrittweise eine weitgehende Harmonisierung erfolgt. Ausbauende und Dienste anbietende Unternehmen agieren aber häufig landesspezifisch unterschiedlich, was eine durchaus differenzierte Regulierung erforderlich macht. Ex ante Regulierung muss erhalten werden, wie zum Beispiel die bestehende Zugangsregulierung der dominanten Marktspieler (Open Access), so lange das Wettbewerbsrecht Marktverzerrung nicht effizient verhindern kann und eine Ex-post-Kontrolle nicht ausreicht.

Wettbewerb trägt maßgeblich zu qualitativ hochwertigen Diensten und angemessenen Preisen bei – das ist die Lehre der letzten fast drei Jahrzehnte liberalisierten Telekommunikationsmarktes in Europa.

Der im Dezember 2018 ratifizierte EECC ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Entscheidend wird jedoch die nationale Umsetzung sein. Im [„7-Punkte-Papier mit Kernforderungen für die Umsetzung des EECC“](#) identifiziert der VATM Positionen, die besonders wichtig für Investitionen und einen funktionierenden Wettbewerb sind.

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat auch gezeigt, dass gerade auch in ländlichen Regionen die Ausbauskosten höher sein können als eigenwirtschaftlich finanzierbar. Deshalb müssen hier gezielte Förderkonzepte greifen, die in solchen Gebieten möglichst vielen Unternehmen und Bürgern Nutzen bringen und den eigenwirtschaftlichen Ausbau nicht behindern. Im folgenden Punkt stellen wir ein solches Förderkonzept vor.

2. Digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum verhindern – Förderung effizient einsetzen

Damit auch auf dem Land Dienste und Arbeitsstellen einer digitalisierten Wirtschaft entstehen und Arbeitsplätze gesichert werden, muss auch dort eine leistungsstarke digitale Infrastruktur entstehen. Weitgehende Flächendeckung ist und bleibt kostenintensiv und bindet in den besonders entlegenen Gebieten Ausbaupazitäten in erheblichem Umfang. Hier müssen ehrliche Konzepte gefunden werden, die auch und gerade im ländlichen Bereich drohende Fehlallokationen von Baukapazitäten verhindern. Gerade auch dort, wo Förderung notwendig ist, müssen zuerst die Gebiete erschlossen werden, wo die meisten Unternehmen und Bürger einen Nutzen aus dem Invest und der Förderung ziehen. Wir dürfen die Bagger nicht prioritär in den Wald schicken. Es geht hier nicht um die lukrativen, eigenwirtschaftlich zu erschließenden Gebiete, sondern um Regionen, die

ohne Förderung nicht erschlossen werden. Auf Effizienz muss gerade in derart teuren Gebieten geachtet werden und damit auch auf eine klare Priorisierung, wie und wo Fördermittel – und damit das Geld der Bürger – eingesetzt werden. Fördermethoden, die an die unterschiedlichen nationalen Situationen angepasst werden, sind erfolgversprechender als generalisierte Ansätze.

Ziele sind zwar EU-weit definiert, aber eine entsprechende Strategie zur Umsetzung muss auf nationaler Ebene erfolgen. Im deutschen Kontext muss es für bestehende Infrastruktur, die Kunden in der Regel mit 100 Mbit/s und mehr versorgt, einen vierjährigen Investitionsschutz geben, der nicht mit einer starren 100-Mbit-Aufgreifschwelle im Rahmen der Förderung gleichgesetzt werden darf. Mit dem Vorschlag des VATM wird eine weitere Zersplitterung des Marktes vermieden, einheitlicher synergetischer Ausbau in Kommunen erreicht und der Ausbau gleichzeitig strukturiert und wo erforderlich beschleunigt.

Um den Infrastrukturausbau voranzutreiben und Bürgern wie Unternehmen die Potenziale von gigabitfähigen Netzen zur Verfügung zu stellen, empfehlen wir dringend ein Voucher-Modell – ähnlich bestehenden Modellen in Schweden, Großbritannien und Griechenland, aber deutlich wirksamer.

Konventionelle, allein anbieterseitige Förderung nur für den Ausbau kann damit in Deutschland sinnvoll ergänzt werden. Mehr Details finden Sie im VATM-Vorschlag, [„Wie Voucher beim Umstieg auf FTTH/B helfen“](#).

3. Faire Regeln für einen offenen Markt – Grundlage für Innovationsfähigkeit

Die Digitalisierung Europas geht Hand in Hand mit der Nutzung von digitalen Diensten, die den Bürgern und Unternehmen angeboten werden. Netze sind die Voraussetzung dafür, dass innovative digitale Dienste überhaupt entstehen und zum Kunden gelangen können. Zugang zum Internet, bloße Konnektivität, wie von der EU-Kommission als Zielsetzung formuliert, reichen für komplexe, sicherheitsrelevante Dienste mit höchsten Qualitätsanforderungen nicht aus. Netzbezogene Steuerungselemente können für die Industrie, Groß- und Filialunternehmen, ebenso wie für den Mittelstand und ihre Diensteanbieter aus dem TK-Bereich elementar sein.

Die Netze sind dabei die Enabler der Digitalisierung und der Wettbewerb der innovativsten oder sichersten Dienste auf den Netzen wird gerade für die deutsche Wirtschaft zu einer zentralen Bedeutung im internationalen Wettbewerb werden. Open Access, fairer Zugang für die Marktteilnehmer zu fairen Entgelten, wird daher auch zukünftig unverzichtbar sein.

Zusätzlich können die EU und die nationalen Regierungen entscheidend dazu beitragen Innovationen anzureizen. Ihr Handlungsspielraum wird dramatisch unterschätzt, wenn es um das Schaffen neuer Dienste geht. Die Wirtschaft kann und wird sofort unterstützen, wenn Digitalisierung von staatlicher Seite endlich ernsthaft und vor allem zügig vorangetrieben wird – zum großen Nutzen von Bürgern, Unternehmen und damit letztlich zum Nutzen des Staates. Die öffentliche Hand kann durch Vereinfachung von Verfahren und durch europaweite Normen und Standards für digitale Verwaltung und eGovernment nicht nur wichtige Impulse, sondern insbesondere konkrete Ziele zur Digitalisierung setzen, richtungsweisend handeln und mit gutem Beispiel vorangehen. Dabei geht es nicht nur um Effizienzsteigerung im öffentlichen Bereich, sondern – aufgrund neuer technischer Basis und dank digitaler Daten – um die Entwicklung neuer Dienste für Bürger und Unternehmen und auch den Staat selbst.

Eine zusätzliche Unterstützung für Unternehmen und ein Anreiz zur Innovation können steuerliche Incentives für innovative und zielführende Projekte sein. Die Definition unterschiedlicher objektivierbarer Kriterien, wie zum Beispiel der Beitrag zum Erreichen der europäischen Digitalziele, würde Unternehmensprojekte für steuerliche Entlastung qualifizieren.

4. Zukunftsweisend für die europäische Wirtschaft agieren – nicht Größe, sondern Innovationskraft zählt

Begriffe wie „Internet of Things“, „Big Data“, „Künstliche Intelligenz“ und „Virtual & Augmented Reality“ definieren die Zukunft gerade auch für den TK-Sektor. Unternehmen müssen innovativ denken und dabei vom Rechtsrahmen unterstützt und nicht gebremst werden. Zwei Elemente sehen wir als unabdingbar:

Erstens brauchen wir ein Level Playing Field mit Unternehmen, die auf den hiesigen Markt drängen, oftmals keinen europäischen Ursprung haben und dadurch regulatorisch anders behandelt werden, obwohl sie einstweilen direkt im Wettbewerb zu TK-

Unternehmen stehen. Im Zeitalter der „sharing economy“ müssen hier regulatorische Impulse gesetzt werden – zum Vorteil europäischer Unternehmen, damit in Zukunft auch europäische, auf Daten basierende Geschäftsmodelle geschaffen werden können.

Zweitens müssen ausreichend Mittel in Forschung, Bildung und Förderung einer europäischen Zukunftsstrategie, die sich mit den bereits bestehenden Plänen etwa Chinas auseinandersetzt, zur Verfügung gestellt werden. Die AI-Alliance der EU-Kommission ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere Initiativen müssen folgen – gemeinsam mit der europäischen Wirtschaft, um die richtigen Impulse für das kommende Jahrzehnt zu setzen.

Die Dienste des 21. Jahrhunderts werden ohne Zweifel durch Personalisierung geprägt sein. Dies wird durch KI und Algorithmen sowie durch diejenigen ermöglicht, die die verfügbaren Daten sammeln, auswerten und nutzen. Es braucht zwingend einen klaren gesetzlichen Rahmen für die Nutzung personenbezogener Daten, der die Risiken begrenzt, aber die Chancen nicht abwürgt.

Die Dienste der Zukunft sind das Produkt einer langen Kette von Innovationen und Investitionen. Sie sind zwar wenig vorhersehbar im Einzelnen, aber klar erkennbar sind ihre Grundlagen, die der Staat berücksichtigen und fördern kann – von Netzen bis zur KI.

Sehr wichtig ist eine langzeitliche Digitalstrategie, die den Wandel der gesellschaftlichen Strukturen im Blick hat. Bildung und Aufklärung der jungen Generationen muss diesen Wandel viel stärker als heute berücksichtigen. Damit tun wir uns sehr schwer. Zwar leben junge Menschen in der digitalen Welt und nutzen diese kommerziell und kommunikativ als „Endkunden“, aber immer weniger Menschen durchschauen diese komplexe Welt. Digitalisierbarkeit darf nicht zur Manipulierbarkeit führen. Die Zukunft Europas hängt von den Fähigkeiten der nächsten Generationen ab. Programmieren, Coden, Gestalten, Konzipieren und vernetztes Denken sind die digitalen „Skills“ für viele Berufe der Zukunft. Diese werden aber in unserem heutigen Bildungssystem kaum angemessen vermittelt. Aufklärungsarbeit über die Gefahren der digitalen Welt und über ihr Potenzial muss Hand in Hand gehen.

5. Datensicherheit stärken – wenige aber klare Regeln

In den letzten Jahren hat die Zahl der Hackerangriffe in europäischen Mitgliedstaaten – zuletzt in Deutschland – zugenommen. Ob persönliche Daten im Netz tatsächlich sicher sind, beunruhigt zunehmend die Bürger in ganz Europa.

Die Telekommunikationsanbieter verwahren viele personenbezogene Daten und haben diese bisher gut sichern können. Jedoch verschiebt sich das personenbezogene Datenvolumen von klassischen TK-Diensteanbietern mehr und mehr in Richtung OTTs. An dieser Stelle muss die EU Stärke zeigen. Diejenigen, die solche Daten zu sichern haben, brauchen verlässliche und eindeutige Vorgaben. Solange es keine klaren Regeln für die Sicherung von Daten gibt, wird die entstehende Unsicherheit europäischen Unternehmen und Bürgern gleichermaßen schaden. Notwendig ist eine harmonisierte Vorgehensweise – nur einheitliche und europaweite Regeln können die Lösung sein.

Der ePrivacy-Vorschlag zielt auf diese Problemlage, jedoch ist die Gefahr von Überregulierung groß. Diese würde in erster Linie Unternehmen schaden, in zweiter Linie den Endnutzern, wenn Innovationen in der europäischen TK-Wirtschaft hierdurch deutlich erschwert würden. Wir rufen die EU-Institutionen dazu auf, den bestehenden Vorschlag zu überarbeiten.

Auch andere Legislativvorschläge, wie eEvidence und die ENISA-Verordnung, sind grundsätzlich wichtig. Aber auch hier gilt, dass sie nicht durch komplexe Regelungen zur Bremse für Innovation werden dürfen.

6. Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) und Geschäftskundenanbieter gezielt unterstützen – Dienste werden die Treiber der Digitalisierung sein

Gerade kleinere Unternehmen leiden oft unter komplexen Regelwerken – Compliance kostet nicht nur Geld, es bremst Unternehmen aus und kann die Entwicklung von Innovationen verhindern. Legislativvorschläge wie eEvidence oder ePrivacy stellen in ihrer jetzigen Form eine hohe zusätzliche Belastung gerade für kleinere Unternehmen dar.

Der VATM unterstützt die Prinzipien dieser Regelungen, jedoch muss klar getrennt werden, welche Aufgaben vom Staat und welche von den Unternehmen übernommen werden. Insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen der Digitalisierung rufen wir

die EU und die Regierungen ihrer Mitgliedstaaten dazu auf, den Unternehmen den Weg frei zu räumen, zu entbürokratisieren und den Unternehmen dabei zu helfen, ihre Innovationskraft zu stärken und die Wirtschaft voranzutreiben.

Um KMU zu unterstützen, können Ausschreibungen offener gestaltet und vereinfacht, Anträge schneller bearbeitet, Auswahlverfahren besser und transparenter organisiert und der administrative Aufwand auf Unternehmensseite deutlich reduziert werden.

Generell fordert der VATM die Gesetzgeber dazu auf, mehr Rücksicht auf KMU zu nehmen, zu entbürokratisieren und neue Regelungen genauer auf ihre Umsetzbarkeit und ihre Auswirkungen auf KMU zu überprüfen.

Brüssel, 02.04.2019